Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 12

Artikel: Taferlkrieg in Österreich
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338577

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rolf Reventlow

Taferlkrieg in Österreich

Der «Taferlkrieg» ist ein uralter Traditionsbestandteil der einstigen habsburgischen Monarchie. In dem Vielvölkerstaat gab es zwar seit dem Ausgleich mit Ungarn im vorigen Jahrhundert zwei dominierende Nationen, die deutsche im österreichischen Reichsteil und die ungarische im Bereich der Krone des hl. Stephan. Aber es gab eben auch die anderen Völkerschaften, in manchen Gegenden untereinander vermischt. Mit jenem Prozess der geschichtlichen Entwicklung des Nationalbewusstseins jener Völker, die bislang nicht über ein eigenes nationales Staatswesen verfügten, den der österreichische sozialistische Theoretiker Dr. Otto Bauer das «Erwachen der geschichtlosen Nationen» nannte, entstanden zahllose Kämpfe um nationale Rechte. Nicht zuletzt drückten sie sich im Kampf um das Recht und die Sichtbarmachung der jeweiligen Sprache aus. Noch vom Ende des vorigen Jahrhunderts berichtete ein alter Freund dem Schreiber dieser Zeilen, wie die Ärztekammer von Nordmähren und dem österreichischen Schlesien sich tagelang darum stritt, ob im Jahresbericht der deutsche oder tschechische Text zuerst kommen solle. Dieser Präferenzkampf in mehrsprachigen Bereichen erstreckte sich dann auch auf Orts- und Strassentafeln. Man nannte das den «Taferlkrieg». Als nach dem Zerfall des österreichisch-ungarischen Reiches die Tschechoslowakei bis zu einem gewissen Grad diese Probleme geerbt hatte, ging auch hier der Taferlkrieg munter weiter. Wann, wo und wie neben der Staatssprache – tschechisch oder slowakisch – auch die Minderheitssprache gebraucht und öffentlich sichtbar gemacht werden sollte, war ständiger Anlass zu streitigen Erörterungen. Da die Tschechoslowakei zwischen den zwei Weltkriegen trotz dem Anspruch ein Nationalstaat zu sein, faktisch einen Nationalitätenstaat darstellte, hatte man den Versuch unternommen, alle diese Fragen durch ein Sprachengesetz zu regeln. Die Regelgrenze für den offiziellen Gebrauch der Minderheitensprache waren 20 Prozent der Bevölkerung im Bereich einer Gemeinde. Und das wurde mit tödlichem Ernst auch dann beachtet, wenn die Erfüllung des Gesetzes im negativen Sinne lächerlich zu wirken begann. In der slowakischen Hauptstadt Bratislava (Pressburg) waren alle «Taferln» und die grossen Anschriften am Stadttheater dreisprachig nämlich slowakisch, deutsch und ungarisch. Kaum hatte man das Ergebnis einer der Volkszählungen Anfang der dreissiger Jahre festgestellt, nach dem der Anteil der ungarischen Bevölkerung der sich ständig vergrössernden Stadt unter die 20 Prozent gesunken war, wurden auch schon flink die ungarischen Anschriften entfernt, die «Taferln» alle ausgewechselt. Es hätte wohl niemand geschadet, wenn man sie belassen hätte, denn es gab ja doch immer noch einen grossen Anteil der Bevölkerung dessen Muttersprache eben ungarisch war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der Tschechoslowakei keinen «Taferlkrieg» mehr. Die grosse deutsche Minderheit wurde des Landes verwiesen, nach Deutschland ausgesiedelt und die ungarische Minderheit in der Slowakei ist bedeutungslos geworden. Man hätte meinen können, diese altösterreichische Tradition sei damit beendet. Doch siehe da, sie lebt wieder auf. Im heutigen Österreich, das aus dem deutschsprechenden Restgebiet des alten Kaiserreichs und dem im Friedensvertrag von St. Germain diesem Österreich zugesprochenen Burgenland, dem vormaligen Westungarn, besteht, lebt er neuerdings wieder auf. Es gibt nämlich im Burgenland eine Minderheit der Bevölkerung, die kroatisch spricht und im Süden des Bundeslandes Kärnten eine ebensolche Minderheit slowenischer Zunge. Beide Minderheiten sind an sich nicht bedeutungsvoll an Zahl und wirken in ihrer unmittelbaren Umgebung für den Aussenstehenden kaum als Fremdkörper. Die Erfordernisse des täglichen Lebens bedingen die allgemeine Kenntnis der deutschen Sprache. Die fraglichen Gemeinden sind meist auch nicht durchweg kroatisch oder slowenisch sondern gemischtsprachig. Dort ist nun der «Taferlkrieg» altösterreichischer Prägung ausgebrochen. Schuld daran trägt, so zahlreiche österreichische Zeitungen, die Regierung Kreisky, die durch ein – mit der Mehrheit der Sozialisten im Parlament beschlossenes – Gesetz zweisprachige Ortstafeln für die zweisprachigen Gemeinden im südlichen Kärnten vorschreibt. Für einen Schweizerbürger dürfte es unverständlich sein, wieso zweisprachige Tafeln an Gemeindegrenzen eine solche Aufregung hervorrufen, wie das nunmehr der Fall ist. «Heimattreue» Kärntner montierten bei Nacht und Nebel die zweisprachigen Tafeln ab und brachten sie nach Klagenfurt, wo sie auf dem Platz vor dem Landhaus, ausgerechnet zum 50. Jahrestag der Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des gemischtsprachigen Gebiets zur Republik Österreich, aufgeschichtet wurden. Man verfügte natürlich die Wiederanbringung der Tafeln, die wiederum entfernt und dann zu einem vieldiskutierten Problem der österreichischen Politik wurden. Zweifellos vertreten die sozialistischen Mandatare im Lande Kärnten wie in den parlamentarischen Körperschaften des Bundes die zweisprachigen Tafeln. Zweifellos ist die Volksstimmung im deutschbewussten Bereich Kärntens gegen diese Tafeln, teilweise in überspannt nationalistischer Erregung, die momentweise auch eine betont antisemitische – auf Kreisky gemünzte – Färbung annahm, teilweise in mehr verdeckter Form mit vielen Wenn und Aber über die Weisheit, dieses Taferlgesetz gerade jetzt verabschiedet und in Vollzug gesetzt zu haben. Die Regierung, und für sie in erster Linie der Bundeskanzler Kreisky, begründete dies mit einer eindeutigen Vorschrift des Staatsvertrages über Österreich. Der Staatsvertrag ist bekanntlich nicht von gestern. Warum denn also jetzt? Nun, es gab bislang keine diplomatische Krise mit Jugoslawien. Die Frage für Regierung und Parlamentsmehrheit war aber, ob man denn unbedingt eine Verschlechterung der aussenpolitischen Beziehungen abzuwarten hat. Und die zweite –

nicht ausgesprochene – Überlegung war anzunehmenderweise, dass niemand Schaden daran nehmen würde, wenn in einigen dreissig Gemeinden im Süden des Landes Kärnten Ortsnamen zweisprachig sind. Ein Taferlgesetz aber gilt nicht nur für Kärnten, sondern soll auch für das Burgenland erlassen werden.

Die Fälle Kärnten und Burgenland sind nicht nur hinsichtlich der Zahl der Minderheitsgruppen verschieden. Im einstigen Westungarn, in übergrosser Mehrheit deutsch besiedelt, waren die kleinen kroatischen Siedlungen Sprachinseln, wie es sie einst im alten Österreich-Ungarn allenthalben gab. Die Landnahme des Burgenlandes, nachdem es Österreich zugesprochen war, gab auch zu Kämpfen Anlass, da die «erwachenden Magyaren» von damals den Österreichern den Einmarsch verwehren wollten. Die Kroaten waren dabei nur passive Zuschauer. Anders in Kärnten, wo es nach dem Zusammenbruch des alten Kaiserreichs zuerst zu Kämpfen zwischen jugoslawischen Freischärlern und deutschösterreichischen Heimwehren, dann auch zur Intervention des jugoslawischen Heeres kam, das sogar die Hauptstadt Klagenfurt besetzte. Dann gab es eine Volksabstimmung, die entscheidend für die Grenzziehung wurde. Im Taferlstreit erinnerte nunmehr der Bundeskanzler daran, dass bei der Abstimmung viele slowenische Bewohner des südlichen Kärnten – nach den Abstimmungs- und Bevölkerungszahlen – für Österreich gestimmt hatten. Sie waren also sicher keine Irredentisten, und sind es wohl heute noch weniger, wohl aber in gewissem Umfang nationalbewusst als Volksgruppe. Dementsprechend sind sie organisiert. Gerade das aber erregt die deutschsprechenden Kärntner, denn für sie sind Slowenen eine Menschenrasse, die es gar nicht geben, auf keinen Fall in Kärnten, geben sollte.

Es geht hier nicht um eine Episode, sondern – und das besonders für Sozialdemokraten – um eine sehr ernste Frage weit über die Grenzen des Landes Kärnten hinaus, um die Frage, wie man dem in Europa da und dort wieder aufkeimenden Nationalismus begegnet. Als vor Jahren im ewigen Streit zwischen Flamen und Wallonen in Belgien die Gegensätzlichkeiten wieder einen Höhepunkt erreicht hatten, meinte der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Bruno Pittermann, auf einer Tagung der bayerischen Georg-von-Vollmar-Schule, an der vorwiegend Schweizer Sozialdemokraten teilnahmen, das sei doch unbegreiflich. Nun erweist es sich in Pittermanns eigener Heimat, wie sehr der Nationalismus noch virulent sein kann, während sich Europa sogar schon über die Grenzen der Wirtschaftsgemeinschaft hinaus als eine Einheit zu verstehen sich bemüht. Es erweist sich somit, dass die Aufgabe aller Sozialisten, der Überbewertung der eigenen und der Minderbewertung anderer Nationen entgegenzutreten eine vielleicht niemals völlig endende Aufgabe sein wird, der sie sich stets bewusst bleiben müssen.